Stand: 15.12.2025 19:32:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13311

"Fragwürdiger GBW-Deal: Was wusste die Staatsregierung?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13311 vom 12.10.2016
2. Beschluss des Plenums 17/13399 vom 13.10.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 13.10.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.10.2016 **Drucksache 17/13311**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Fragwürdiger GBW-Deal: Was wusste die Staatsregierung?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, die durch eine aktuelle BR-Recherche aufgedeckten offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Verkauf im April 2013 von 33.000 GBW-Wohnungen an ein Bieterkonsortium unter Führung der Patrizia AG rückhaltlos aufzuklären und dem Landtag, insbesondere dem zuständigen Ausschuss, mündlich und schriftlich darüber zu berichten.

Folgende Fragen bedürfen einer vollständigen Klärung:

1. GBW-Verkaufsverhandlungen bereits im Jahr 2008?

1.1 Trifft es zu, dass die BayernLB bereits im Jahr 2008 den Verkauf der GBW AG geplant hat?

1.2 Welchen Umfang und welchen Stand haben diese Verkaufsverhandlungen bis zu welchem Zeitpunkt erreicht?

1.3 Welche Kenntnisse über die GBW, deren wirtschaftliche Stärken und Schwächen, Portfolio und wirtschaftliche Kennzahlen hat die Patrizia AG im Rahmen der Verkaufsverhandlungen erlangt?

1.4 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung oder deren Vertreter in den Aufsichtsgremien der BayernLB und GBW 2008 oder später über diese Verkaufsverhandlungen und über ihren Abbruch zu welchem Zeitpunkt erlangt? Woran scheiterte dieser erste Verkaufsversuch?

1.5 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung oder deren Vertreter in den Aufsichtsgremien über Geheimhaltungsvereinbarungen zwischen GBW AG und deren Beschäftigten in Bezug auf den geplanten Verkauf der GBW AG an die Patrizia AG?

1.6 Wie beurteilt die Staatsregierung den Widerspruch zwischen der wiederholten Aussage von Finanzminister Söder, die GBW sei nur verkauft worden, weil dies eine Auflage seitens der EU-Kommission gewesen sei, und dem offenbar schon drei Jahre vor dem Verkauf bestehenden Wunsch seitens der Landesbank, die GBW zu veräußern?

2. Unfaires Bieterverfahren durch Vorkenntnisse der Patrizia AG?

2.1 Wie beurteilt die Staatsregierung die Annahme, dass die Patrizia AG infolge der Teilnahme an den Verkaufsverhandlungen im Jahr 2008 über Insiderkenntnisse und somit über einen Wettbewerbsvorteil anderen Bietern gegenüber verfügt hat?

2.2 Welche Kenntnisse hatte Herr Staatsminister Dr. Söder während des Bieterverfahrens 2012 über den Verkaufsversuch von 2008 an die Patrizia AG? Wann hat er Kenntnisse von diesen Vorgängen in welchem Umfang erlangt?

2.3 Warum hat Herr Staatsminister Dr. Söder die früheren Verkaufsgespräche zwischen der GBW AG und Patrizia AG nicht in geeigneter Art und Weise den Gremien des Landtags mitgeteilt?

2.4 Wurde der von der EU-Kommission eingesetzte so genannte Überwachungstreuhänder (Trustee) von dem Umstand und Umfang der früheren Verkaufsverhandlungen in Kenntnis gesetzt? Wenn ja, wann und in welchem Umfang? Wenn nein, warum nicht?

2.5 Welche rechtliche Beurteilung hat die Staatsregierung von einem wettbewerbsorientierten Vergabeverfahren, wenn ein Bieter, wie hier die Patrizia AG, Insiderkenntnisse infolge der Teilnahme an früheren Verhandlungen besitzt? Welche Anfechtungsmöglichkeiten für unterlegene Bewerber bestehen bei solchen Insiderkenntnissen?

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

3. Kommunales Konsortium

3.1 Wurde der Zeitplan, den die Staatsregierung mit den Kommunen bis zur Eröffnung des Bieterverfahrens vereinbart hat, eingehalten? Wie erklärt die Staatsregierung, dass nur fünf Tage nach der Vereinbarung eines Zeitplans das Bieterverfahren durch Erscheinen von Inseraten in Tageszeitungen faktisch eröffnet wurde?

3.2 Wie beurteilt die Staatsregierung die Tatsache, dass die Steuerzahler dadurch eine Mehrbelastung erfahren, dass die Kommunen dazu gezwungen sind, einzelne Wohnungen mit einem Preisaufschlag von fünf Prozent zu kaufen, um die GBW-Mieter zu schützen?

4. Konsortium Patrizia AG

4.1 Welche Kenntnisse hatte die Staatsregierung oder ihre Vertreter in den Aufsichtsgremien zu welchem Zeitpunkt beim GBW-Verkauf über die Teilnehmer des Bieterkonsortiums und die einzelnen Konsorten sowie deren Gesellschafter- und Eigentümerstrukturen?

4.2 Welche Kenntnis hatte die Staatsregierung zu welchem Zeitpunkt über die Beteiligung luxemburgischer und niederländischer Investoren insbesondere von Pearl Acquico sowie deren Eigentümer, der Oscar Lux AquiholdCo und der Oscar Diversify Umbrella, etc., unter deren Dach sich eine Vielzahl von Firmen versammeln, die allesamt über die identische Postadresse verfügen?

4.3 Welche Kenntnis hatte die Staatsregierung zu welchem Zeitpunkt von der Stiftung „Oscar Stichting“ in den Niederlanden als weiteren Teil des Erwerberkonstrukts?

5. Aggressive Steuervermeidung

5.1 Stimmt die Staatsregierung der Einschätzung von Steuerexperten zu, dass die unter 4. geschilderte Firmenkonstruktion es ermöglicht, Gewinne, die in Deutschland erwirtschaftet werden, praktisch unversteuert in Deutschland nach Luxemburg zu bringen?

5.2 Wie hoch schätzt die Staatsregierung die bisher der Steuerverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland (Bund, Länder und Gemeinden) entgangenen Steuereinnahmen durch das Gesellschafterkonstrukt in Luxemburg, den Niederlanden und anderen Staaten? Mit welcher Summe entgehender Steuereinnahmen muss für die Zukunft jährlich bzw. insgesamt in den kommenden zehn Jahren für die Steuerverwaltung in Deutschland gerechnet werden?

5.3 Wie bewertet die Staatsregierung die Einschätzung, dass das Firmengeflecht in Luxemburg und anderen Staaten auf die Einsparung von Steuern ausgelegt ist und durch die Anonymität das Umdeklarieren und Verschleiern von Einnahmen und der Herkunft der für die Investition verwendeten Mittel ermöglicht?

5.4 Wie bewertet die Staatsregierung die Einschätzung, dass bei der Konstruktion des Konsortiums bzw. der Konsorten die Regelungen für die so genannten Zinsschranken umgangen bzw. deren Möglichkeiten exzessiv ausgereizt wurden?

5.5 Wie bewertet die Staatsregierung die Aussage eines Steuerexperten, wonach durch die gewählte Firmenkonstruktion dem Staat bislang eine dreistellige Millionensumme entgangen sein könnte?

5.6 Kann die Staatsregierung ausschließen, dass die Differenz zwischen dem Angebot des Patrizia Konsortiums und dem Angebot des kommunalen Konsortiums mittlerweile oder mittel- und langfristig durch die verringerten Steuereinnahmen zu Lasten der anderen Steuerzahler bezahlt wurden.

6. Deal zu Lasten der GBW-Mieter?

6.1 Wie viele GBW-Wohnungen sind nach Kenntnissen der Staatsregierung seit dem Verkauf an die Patrizia AG von Mieterhöhungen über die elfprozentige Modernisierungsumlage in welchem Ausmaß betroffen?

6.2 Wie viele GBW-Wohnungen wurden nach Kenntnissen der Staatsregierung seit Verkauf zu Eigentumswohnungen umgewandelt?

6.3 In wie vielen GBW-Wohnungen kam es nach Kenntnissen der Staatsregierung seit Verkauf an die Patrizia AG zu Mieterwechseln infolge von Mieterhöhungen?

6.4 Wie beurteilt die Staatsregierung den Umstand, dass die in der Sozialcharta vereinbarte maximale Mieterhöhung sich auf einen bayernweiten Durchschnittswert bezieht und damit auf angespannten Wohnungsmärkten sehr wohl Mieterhöhungen von weit über 15 Prozent möglich sind, wenn diese durch moderate Mieterhöhungen auf weniger angespannten Wohnungsmärkten kompensiert werden?

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 13.10.2016 **Drucksache 17/13399**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**13311**

Fragwürdiger GBW-Deal: Was wusste die Staatsregierung?

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, die durch eine aktuelle BR-Recherche aufgedeckten offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Verkauf im April 2013 von 33.000 GBW-Wohnungen an ein Bieterkonsortium unter Führung der Patrizia AG rückhaltlos aufzuklären und dem Landtag, insbesondere dem zuständigen Ausschuss, mündlich und schriftlich darüber zu berichten.

Folgende Fragen bedürfen einer vollständigen Klärung:

1. GBW-Verkaufsverhandlungen bereits im Jahr 2008?

1.1 Trifft es zu, dass die BayernLB bereits im Jahr 2008 den Verkauf der GBW AG geplant hat?

1.2 Welchen Umfang und welchen Stand haben diese Verkaufsverhandlungen bis zu welchem Zeitpunkt erreicht?

1.3 Welche Kenntnisse über die GBW, deren wirtschaftliche Stärken und Schwächen, Portfolio und wirtschaftliche Kennzahlen hat die Patrizia AG im Rahmen der Verkaufsverhandlungen erlangt?

1.4 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung oder deren Vertreter in den Aufsichtsgremien der BayernLB und GBW 2008 oder später über diese Verkaufsverhandlungen und über ihren Abbruch zu welchem Zeitpunkt erlangt? Woran scheiterte dieser erste Verkaufsversuch?

1.5 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung oder deren Vertreter in den Aufsichtsgremien über Geheimhaltungsvereinbarungen zwischen GBW AG und deren Beschäftigten in Bezug auf den geplanten Verkauf der GBW AG an die Patrizia AG?

1.6 Wie beurteilt die Staatsregierung den Widerspruch zwischen der wiederholten Aussage von Finanzminister Söder, die GBW sei nur verkauft worden, weil dies eine Auflage seitens der EU-Kommission gewesen sei, und dem offenbar schon drei Jahre vor dem Verkauf bestehenden Wunsch seitens der Landesbank, die GBW zu veräußern?

2. Unfaires Bieterverfahren durch Vorkenntnisse der Patrizia AG?

2.1 Wie beurteilt die Staatsregierung die Annahme, dass die Patrizia AG infolge der Teilnahme an den Verkaufsverhandlungen im Jahr 2008 über Insiderkenntnisse und somit über einen Wettbewerbsvorteil anderen Bietern gegenüber verfügt hat?

2.2 Welche Kenntnisse hatte Herr Staatsminister Dr. Söder während des Bieterverfahrens 2012 über den Verkaufsversuch von 2008 an die Patrizia AG? Wann hat er Kenntnisse von diesen Vorgängen in welchem Umfang erlangt?

2.3 Warum hat Herr Staatsminister Dr. Söder die früheren Verkaufsgespräche zwischen der GBW AG und Patrizia AG nicht in geeigneter Art und Weise den Gremien des Landtags mitgeteilt?

2.4 Wurde der von der EU-Kommission eingesetzte so genannte Überwachungstreuhänder (Trustee) von dem Umstand und Umfang der früheren Verkaufsverhandlungen in Kenntnis gesetzt? Wenn ja, wann und in welchem Umfang? Wenn nein, warum nicht?

2.5 Welche rechtliche Beurteilung hat die Staatsregierung von einem wettbewerbsorientierten Vergabeverfahren, wenn ein Bieter, wie hier die Patrizia

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

AG, Insiderkenntnisse infolge der Teilnahme an früheren Verhandlungen besitzt? Welche Anfechtungsmöglichkeiten für unterlegene Bewerber bestehen bei solchen Insiderkenntnissen?

3. Kommunales Konsortium

3.1 Wurde der Zeitplan, den die Staatsregierung mit den Kommunen bis zur Eröffnung des Bieterverfahrens vereinbart hat, eingehalten? Wie erklärt die Staatsregierung, dass nur fünf Tage nach der Vereinbarung eines Zeitplans das Bieterverfahren durch Erscheinen von Inseraten in Tageszeitungen faktisch eröffnet wurde?

3.2 Wie beurteilt die Staatsregierung die Tatsache, dass die Steuerzahler dadurch eine Mehrbelastung erfahren, dass die Kommunen dazu gezwungen sind, einzelne Wohnungen mit einem Preisaufschlag von fünf Prozent zu kaufen, um die GBW-Mieter zu schützen?

4. Konsortium Patrizia AG

4.1 Welche Kenntnisse hatte die Staatsregierung oder ihre Vertreter in den Aufsichtsgremien zu welchem Zeitpunkt beim GBW-Verkauf über die Teilnehmer des Bieterkonsortiums und die einzelnen Konsorten sowie deren Gesellschafter- und Eigentümerstrukturen?

4.2 Welche Kenntnis hatte die Staatsregierung zu welchem Zeitpunkt über die Beteiligung luxemburgischer und niederländischer Investoren insbesondere von Pearl Acquico sowie deren Eigentümer, der Oscar Lux AquiholdCo und der Oscar Diversify Umbrella, etc., unter deren Dach sich eine Vielzahl von Firmen versammeln, die allesamt über die identische Postadresse verfügen?

4.3 Welche Kenntnis hatte die Staatsregierung zu welchem Zeitpunkt von der Stiftung „Oscar Stichting“ in den Niederlanden als weiteren Teil des Erwerberkonstrukts?

5. Aggressive Steuervermeidung

5.1 Stimmt die Staatsregierung der Einschätzung von Steuerexperten zu, dass die unter 4. geschilderte Firmenkonstruktion es ermöglicht, Gewinne, die in Deutschland erwirtschaftet werden, praktisch unversteuert in Deutschland nach Luxemburg zu bringen?

5.2 Wie hoch schätzt die Staatsregierung die bisher der Steuerverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland (Bund, Länder und Gemeinden) entgangenen Steuereinnahmen durch das Gesellschafterkonstrukt in Luxemburg, den Niederlanden und anderen Staaten? Mit welcher Summe entgehender Steuereinnahmen muss für die Zukunft jährlich bzw. insgesamt in den kommenden zehn Jahren für die Steuerverwaltung in Deutschland gerechnet werden?

5.3 Wie bewertet die Staatsregierung die Einschätzung, dass das Firmengeflecht in Luxemburg und anderen Staaten auf die Einsparung von Steuern ausgelegt ist und durch die Anonymität das Umdeklarieren und Verschleiern von Einnahmen und der Herkunft der für die Investition verwendeten Mittel ermöglicht?

5.4 Wie bewertet die Staatsregierung die Einschätzung, dass bei der Konstruktion des Konsortiums bzw. der Konsorten die Regelungen für die so genannten Zinsschranken umgangen bzw. deren Möglichkeiten exzessiv ausgereizt wurden?

5.5 Wie bewertet die Staatsregierung die Aussage eines Steuerexperten, wonach durch die gewählte Firmenkonstruktion dem Staat bislang eine dreistellige Millionensumme entgangen sein könnte?

5.6 Kann die Staatsregierung ausschließen, dass die Differenz zwischen dem Angebot des Patrizia Konsortiums und dem Angebot des kommunalen Konsortiums mittlerweile oder mittel- und langfristig durch die verringerten Steuereinnahmen zu Lasten der anderen Steuerzahler bezahlt wurden.

6. Deal zu Lasten der GBW-Mieter?

6.1 Wie viele GBW-Wohnungen sind nach Kenntnissen der Staatsregierung seit dem Verkauf an die Patrizia AG von Mieterhöhungen über die elfprozentige Modernisierungsumlage in welchem Ausmaß betroffen?

6.2 Wie viele GBW-Wohnungen wurden nach Kenntnissen der Staatsregierung seit Verkauf zu Eigentumswohnungen umgewandelt?

6.3 In wie vielen GBW-Wohnungen kam es nach Kenntnissen der Staatsregierung seit Verkauf an die Patrizia AG zu Mieterwechseln infolge von Mieterhöhungen?

6.4 Wie beurteilt die Staatsregierung den Umstand, dass die in der Sozialcharta vereinbarte maximale Mieterhöhung sich auf einen bayernweiten Durchschnittswert bezieht und damit auf angespannten Wohnungsmärkten sehr wohl Mieterhöhungen von weit über 15 Prozent möglich sind, wenn diese durch moderate Mieterhöhungen auf weniger angespannten Wohnungsmärkten kompensiert werden?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Thomas Mütze
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Ernst Weidenbusch
Staatsminister Dr. Markus Söder
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Andreas Lotte

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir fahren in der Beratung fort. Ich rufe nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schluss mit der Geheimhaltung - GBW-Verkauf vollumfänglich aufklären
(Drs. 17/13309)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Fragwürdiger GBW-Deal: Was wusste die Staatsregierung? (Drs. 17/13311)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verkauf der 33.000 GBW-Wohnungen 2013 - Fragen über Fragen (Drs. 17/13351)

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Mütze. Bitte.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis jetzt ist Herr Minister Söder immer gut aus dem BayernLB-Skandal aus dem Jahr 2008 herausgekommen. Er hat eine weiße Weste. Er war nicht zuständig. Aber das ist seit dieser Woche anders, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von der CSU: Unsinn!)

Die Fragen, die sich um den Verkauf der GBW im Jahr 2013 stellen, müssen beantwortet werden. Dabei gibt es einige Aufgaben für den Herrn Minister zu lösen. Er muss den Eindruck widerlegen, dass der Verkauf des Aktienanteils der GBW abgesprochen war – wenn er das kann.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie müssen den Eindruck widerlegen, dass es Ihnen egal ist, dass der Verkauf so organisiert wurde, dass Steuervermeidung ermöglicht wurde – wenn Ihnen das möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vor allem – das ist uns am wichtigsten –: Sie müssen den Eindruck widerlegen, dass mit diesem Geschäft Staatsvermögen in dreistelliger Millionenhöhe verschleudert wurde – wenn Ihnen das möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dem BayernLB-Desaster im Jahr 2008, das, nebenbei bemerkt, von Ihrer CSU-Staatsregierung verschuldet war, war die Vorgabe der EU, dass sich die Bank verkleinern muss. Nicht gefordert war, wie wir damals aus den Reihen der EU-Kommission hörten, der Verkauf der GBW-Anteile. Andere Dinge wie die LWS oder ihr ungarisches Engagement waren eher gefragt.

Im Jahr 2013 starteten Sie den Verkaufsprozess. Über den Umgang mit den Kommunen dabei werden sicherlich die Kollegen nachher noch sprechen. Wie kann es dann aber sein, dass schon 2008 die BayernLB Anteile verkaufen wollte? Schon damals war die Patrizia im Spiel. Schon damals hatten die Bieter Kosten für den Verkaufsprozess zu übernehmen. Der Verkauf wurde aber abgesagt. Unklar ist, warum. Unklar ist auch, ob die Patrizia dafür ein Versprechen bekam, nämlich beim nächsten Mal zum Zuge zu kommen. Profitiert hat die Patrizia auf jeden Fall; denn sie wusste zumindest, was bei einem späteren Verkauf gefordert sein würde.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Der zweite Komplex: Schon 2014 war beim Verkauf die Rede von einem Bieterkonsortium. In der Antwort auf die Anfrage des Kollegen Güller vom Jahr 2014 haben Sie gegen dieses Bieterkonsortium keine Einwände gehabt. Gilt das auch für die von der Patrizia gegründete Oscar Diversify Umbrella SA, die Oscar Lux GP Coop SA oder die

Oscar Germany SCS? – Das sind Gesellschaften, die in Luxemburg und in den Niederlanden nur dazu gegründet wurden, um Steuern zu vermeiden, um Gewinne nach Luxemburg und in die Niederlande zu schieben und damit die Investoren nicht genannt werden müssen, sehr geehrter Herr Minister.

Von wegen "Die GBW bleibt bayerisch". Das ist ein Zitat von Ihnen, das Sie auch in dieser Woche bestätigt haben.

Der dritte Komplex: Verdacht der Verschleuderung von Staatsvermögen. Nachträglich stellt sich jetzt heraus, dass alleine die Immobilien der GBW in München doppelt so viel wert gewesen wären, wie der komplette GBW-Verkauf damals gebracht hat.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Unter Wert verkauft!)

Das heißt: unter Wert verkauft. – Herr Minister, hier ist natürlich zu klären, wie das Bewertungsgutachten aussah. Wenn Sie diese Vorwürfe widerlegen wollen, müssen Sie das damalige Bewertungsgutachten vorlegen. Wenn wir wissen, wie und auf welcher Basis die GBW damals bewertet wurde, dann können Sie diesen Vorwurf widerlegen. Tun Sie das!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist unterstes Niveau! Niedrigstes Niveau ist das hier! Verschwörungstheorien wie bei der AfD!)

– Liebe Kollegen von der CSU, das sind Fragen, die der Herr Minister heute oder aufgrund der Fragenkataloge möglicherweise widerlegen kann. Ich weiß gar nicht, woher die Aufregung kommt.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist doch nicht Ihr Niveau!)

Herr Minister, tun Sie das! Beantworten Sie unsere Fragen, die die Kolleginnen und Kollegen gestellt haben, um zu vermeiden, dass wir uns monatelang auf einer anderen Ebene wiedersehen und wir unsere Zeit möglicherweise auf einer anderen Ebene

vergeuden. Sie könnten das vermeiden. Wir würden uns sehr darüber freuen, wenn die Informationen von Ihnen freiwillig geliefert werden, bevor wir sie einfordern müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist doch jämmerlich!)

– Herr Kollege, jämmerlich ist das, was die CSU hier ab und zu liefert. Zum Beispiel so etwas wie der Auszug vorhin ist jämmerlich. Kollegen von der CSU spielen die beleidigte Leberwurst und meinen, sie müssten aus dem Plenarsaal ausziehen. Von daher ist über die Bezeichnung "jämmerlich" sicher nicht das letzte Wort gesprochen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Niedrigstes Niveau, was Sie von sich geben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU hat darauf bestanden, dass wir unsere Begründung nicht mit zur Abstimmung stellen oder auf diese Begründung verzichten. Das werden wir tun. Es ist die einzige Begründung in allen drei Anträgen zu dem Thema. Wir wollen da nicht päpstlicher als der Papst sein, verzichten auf die Begründung und erwarten Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der GBW-Deal vom April 2013, der Verkauf von 33.000 Wohnungen von der BayernLB an ein Konsortium rund um die Patrizia AG war schon bisher ein äußerst fragwürdiger und nach unserer Auffassung auch schmutziger Deal, ein Geschäft zulasten der Mieter, zulasten der Kommunen und auch zulasten der Redlichkeit. Das war bisher schon so. Das haben wir an dieser Stelle schon deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident hat die Art des Finanzministers, Politik zu machen, mit dem Begriff "Schmutzeleien" versehen. Das war genau zu dem Zeitpunkt, als der Herr Finanzminister diesen Deal mit der GBW vorbereitet hat. Nach meiner Überzeugung reicht es nicht aus, den Verkauf der GBW nur als eine der vielen "Schmutzeleien" zu bezeichnen. Da ist vieles auf der Strecke geblieben. Das gilt für die Mieter. Wer heute in die Mietverhältnisse schaut, weiß: Da wurden 80.000 Mieter verraten und verkauft. Die Kommunen wurden ausgetrickst und ausgebootet. Die Wahrheit ist auf der Strecke geblieben, weil falsche Aussagen über den Zwang zum Verkauf der GBW, über die fehlende Möglichkeit der Landesstiftung, die GBW zu kaufen, und über vieles andere mehr getroffen wurden. Das haben wir in diesem Parlament schon zur Sprache gebracht.

Was aber jetzt durch das Recherchenetzwerk des Bayerischen Rundfunks an neuen Informationen auftaucht, hat eine andere Dimension; denn bisher war nicht bekannt, dass es im Jahr 2008 derart intensive Gespräche von der Landesbank aus gab, die GBW-Wohnungen zu verkaufen. Das ist zum einen ein Widerspruch zu der Aussage, dass man von der EU-Kommission gezwungen worden sei. Da gab es anscheinend schon früher, im Jahr 2008, ganz konkrete Überlegungen. Diese Verkaufsverhandlungen haben nach Erkenntnissen des Recherchenetzwerkes eine Dimension erreicht, die zu den Fragen führt, welche Kenntnisse die Staatsregierung über die Verkaufsverhandlungen vom Jahr 2008 hatte und woran der Verkaufsversuch gescheitert ist. Vor allem aber ist die Frage zu beantworten, welche Insiderkenntnisse das Konsortium um die Patrizia hatte, als es einige Jahre später um das Bieterverfahren ging. Welche Insiderkenntnisse hatte Patrizia aus diesen früheren Verkaufsverhandlungen? Das ist eine ganz zentrale Frage.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN – – Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, ob Ihre Behauptung stimmt, die Sie in dieser Woche wiederholt haben, dass alles nach Recht und Gesetz abgelaufen ist. – Dr. Florian Herrmann (CSU): Natürlich!)

Diese Frage muss geklärt werden, ob Insiderkenntnisse eines Bieters, der dann den Zuschlag bekommen hat, vorhanden waren. Hatte Patrizia von den früheren Verkaufsverhandlungen Kenntnisse über Stärken und Schwächen, über das Portfolio der GBW und wirtschaftliche Kennzahlen? Welche Kenntnis hatten Sie, Herr Finanzminister, vom Verkaufsversuch im Jahr 2008? Welche Kenntnis hatten Sie von den Informationen, die Patrizia schon 2008 erhalten hat? Wir fragen uns zudem, welche Kenntnisse der von der EU eingesetzte Überwachungstreuhänder, der Trustee, von dem Umstand und dem Umfang der früheren Verkaufsverhandlungen der Landesbank hatte. Wurde er in Kenntnis gesetzt? Haben Sie ihn in Kenntnis gesetzt? Wenn ja, dann sagen Sie, in welchem Umfang; wenn nein, warum nicht? Das sind die Fragen, die sich aufdrängen.

Natürlich stellen sich weitere Fragen. War das Wettbewerbsverfahren tatsächlich fair und transparent, wenn Insiderkenntnisse vorhanden waren? Dann stellt sich die Frage, ob Ihre Aussage nach wie vor Bestand haben kann. Für mich ist es allein schon ein Skandal, dass ein Finanzminister auf die Frage, an wen wir eigentlich 33.000 Wohnungen verkauft haben, wer der neue Eigentümer dieser Wohnungen ist und wer die Fürsorge für die Mieterinnen und Mieter hat, keine Antwort geben kann oder will.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Das ist doch schon als solches ein Skandal. Wenn Sie dann noch sagen, "Die GBW bleibt bayerisch", dann muss ich Sie fragen, welchen Begriff von "Bayern" und "bayerisch" Sie haben, wenn einen wesentlichen Teil der neuen Eigentümerstruktur Finanzinvestoren mit Sitz in Luxemburg bilden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Das ist doch die Frage. Es handelt sich um eine verschachtelte, intransparente Struktur aus vielfältigen Briefkastenfirmen, die alle dieselbe Postadresse in Luxemburg haben. Welchen Begriff von "Bayern" und "bayerisch" haben Sie, wenn eine intranspa-

rente holländische Stiftung zum Investorenkonstrukt gehört? Sie haben den Menschen draußen und diesem Parlament ein X für ein U vorgemacht, als Sie von "Bayern" sprachen, obwohl es sich tatsächlich um Luxemburg bzw. um Finanzinvestoren mit Sitz in Luxemburg handelte. Das ist die entscheidende Frage, die wir aufgeklärt haben wollen: Welche Kenntnis hatten die Aufsichtsgremien, welche Kenntnis hatten Sie zum Zeitpunkt des Verkaufs oder später, welches Konsortium und welche Konstruktion dahintersteckt?

Am besorgniserregendsten und am schlimmsten sind die Informationen des Recherchenetzwerks zu den mutmaßlichen Steuerspartricks der Investoren. So, wie es sich im Augenblick darstellt, wurde die GBW an Steuerheuschrecken verkauft.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Wir wollen wissen, ob die Investorenstruktur auf die Einsparung von Steuern in Deutschland ausgelegt ist, das heißt auf Anonymität, auf das Umdeklarieren von Einnahmen und das Verschleiern der Mittelherkunft. Wir wollen wissen, ob es möglich ist, dass auf diese Weise Gewinne, die in Deutschland erwirtschaftet worden sind, praktisch unversteuert Deutschland verlassen und nach Luxemburg gebracht werden können. Ein Experte vermutet, der Steuerverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland sei bisher ein dreistelliger Millionenbetrag entgangen. Falls sich all das als wahr herausstellen sollte, dann wäre das ein Skandal besonderen Ausmaßes, für den Sie die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn dafür ausdrücklich ein Finanzminister verantwortlich sein sollte, dann wird natürlich auch die Frage nach personellen Konsequenzen gestellt werden.

(Zurufe von der CSU: Aha!)

Laut Amtseid ist es Ihre Aufgabe, Schaden von unserem Land abzuwenden und Steuergerechtigkeit herzustellen. Es ist nicht Ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Finanzin-

vestoren mit Sitz in Luxemburg in Deutschland keine Steuern zahlen müssen. Dies zu verhindern ist Ihr Verantwortungsbereich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage das auch deshalb so deutlich, weil vor diesem Hintergrund die Vergabe an die Patrizia und Konsorten und die Nichtvergabe an die Kommunen in einem völlig anderen Licht erscheint. Es liegt doch der Verdacht nahe, dass die Differenz zwischen dem Angebot des Patrizia -Konsortiums und dem Angebot der Kommunen letztlich durch Steuertricks erwirtschaftet und damit vom Staat, das heißt vom Steuerzahler, bezahlt wurde. In der Konsequenz wurden die Kommunen ausgebootet, und die Patrizia erhielt den Zuschlag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden – auch an dieser Stelle sei es gesagt – nicht eher Ruhe geben, bis all diese Fragen restlos geklärt sind. Die SPD-Fraktion wird alle parlamentarischen Instrumente nutzen und alle Hebel in Bewegung setzen, um aufzuklären. Wir schließen einen Untersuchungsausschuss selbstverständlich nicht aus.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Wir wissen, dass er Arbeit macht. Ein Untersuchungsausschuss ist nicht unser vorrangiges Ziel. Aber auf Aufklärung werden wir bestehen. Das sind wir den Mieterinnen und Mietern schuldig, die sich im Stich gelassen fühlen; wir lassen sie nicht im Stich. Das sind wir auch den Kommunen schuldig, die im Augenblick massiv Geld in die Hand nehmen, um die Mieter durch Kauf der Wohnungen vor Ihrer Geschäftspolitik zu schützen. Das sind wir auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Bayern schuldig. Letztlich sind wir es der Demokratie und der politischen Hygiene hier in Deutschland schuldig. Ich erinnere an unsere 70 Jahre alte Bayerische Verfassung. Darin heißt es, dass der Staat Wohnungen bauen und nicht meistbietend verscherbeln soll. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben auf der Grundlage der Recherche des Bayerischen Rundfunks noch eine ganze Reihe von Fragen. Ganz neu sind sie natürlich nicht; wichtig genug sind sie allemal. Es muss unter verschiedenen Gesichtspunkten endlich Klarheit geschaffen werden.

Unsere Fragen unterscheiden sich nur in Nuancen von denen, die die Kollegen der SPD und der GRÜNEN aufgeworfen haben. Im Kern stimmen die Fragen überein. Da 33.000 Wohnungen verkauft wurden, sind entsprechend viele Mieter betroffen. Schon deshalb ist es ein wichtiges Thema, über das wir zu debattieren haben. Das Thema GBW ist nicht neu. Bereits in der Phase des Verkaufs war immer wieder angemahnt worden, die Sorgen um die Mieterrechte und die Sozialcharta ernst zu nehmen. Wir haben die Staatsregierung damals aufgefordert sicherzustellen, dass die Mieter auch nach der Veräußerung ihre Ansprüche so formulieren können, wie es zu den Zeiten, als die Wohnungen noch der BayernLB gehörten, möglich war. Das war ein wesentlicher Punkt.

Letztlich geht es um die Frage, inwieweit die Staatsregierung ihre Verantwortung für unser aller Vermögen wahrnimmt. 2,45 Milliarden Euro Veräußerungserlös für 33.000 Wohnungen entsprechen 75.000 Euro pro Wohnung. Wir wissen, dass die Wohnungen unterschiedlich gelegen sind und unterschiedliche Qualität aufweisen. Aber allzu groß scheinen die Unterschiede nicht zu sein. Deswegen haben wir zu diesem Komplex ein paar Fragen ergänzt.

Uns interessiert ganz besonders, warum die Kommunen nicht zum Zuge kamen. Das Interesse war bekundet worden. Perspektiven und Chancen waren vorhanden. Auch die politische Bereitschaft schien da zu sein. Aber das, was jüngst dazu bekannt ge-

worden ist, wirft doch erhebliche Fragen auf. Noch am 10. Oktober hatte in der Staatskanzlei ein Gespräch mit den Oberbürgermeistern stattgefunden, in dem offenbar ein Zeitplan vereinbart wurde. Aber schon am 15. desselben Monats wurden die Kommunen von einer ganz anderen Vorgehensweise der Staatsregierung überrascht.

Das Bieterverfahren insgesamt ist interessant. Es gab, wie wir wissen, eine Vielzahl von Interessenten. Aus der großen Zahl an Bietern ist plötzlich eine ganze Reihe ausgeschieden worden. Auf der "Shortlist" sind sechs übrig geblieben. Wir interessieren uns dafür, warum so früh so viele Interessenten ausgeschieden sind. Wir wollen wissen, welche Kriterien zur Anwendung kamen und wer die Dinge entschieden hat. Herr Kollege Halbleib hat schon die Frage aufgeworfen, ob die Patrizia aus Vorverhandlungen Vorteile ziehen konnte. Das alles sind Fragen, die wir beantwortet haben wollen.

Es reicht uns übrigens nicht aus, wenn uns gesagt wird, es habe ein Wertermittlungsgutachten gegeben. Herr Kollege Mütze hat ausgeführt, allein die Münchner Wohnungen seien sehr viel mehr wert. Ich werde ihn nachher fragen, ob er das oder die Gutachten schon kennt. Es wird sie wohl geben. Als die Verhandlungen geführt wurden, müssen sie vorgelegen haben. Angesichts der, zumindest mittelbaren, Verantwortung, die wir hier im Landtag haben, sollte es möglich sein, dass der Haushaltsausschuss, gegebenenfalls in geheimer Sitzung, von den Gutachten, die diesem Abschluss zugrunde lagen, in Kenntnis gesetzt wird. Ich möchte diese Gutachten gern einmal selbst zur Kenntnis nehmen, um mich davon überzeugen zu können, dass die 2,45 Milliarden Euro in der Tat ein angemessenes Ergebnis darstellen.

Wir alle sollten bedenken, welch üppige Nachweise wir sonst bei Verwendung öffentlicher Mittel zu erbringen haben, auch wenn es um viel geringere Beträge geht. Bei dieser Größenordnung, 33.000 Wohnungen, sind entsprechende Nachweise umso mehr geboten.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, wir möchten alle Fragen, auch die der Kollegen von SPD und GRÜNEN, denen wir uns natürlich anschließen, beantwortet haben. Diese

Fragen können und müssen beantwortet werden. Herr Halbleib hat weitere Instrumente ins Gespräch gebracht. Es ist an Ihnen, Herr Staatsminister, uns den mühsamen Weg zu ersparen und uns stattdessen im Haushaltsausschuss alle Fragen umfassend, transparent und nachvollziehbar zu beantworten. Das wäre für uns alle der richtige Weg, um wieder Ruhe hineinzubringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben am Schluss eine Frage ergänzt, weil nicht auszuschließen ist, dass hinter dem Konsortium der Patrizia eine Vielzahl an Investoren steht, die wir heute alle nicht kennen. Der Freistaat könnte ebenfalls darunter sein. Auch diese Frage ist noch offen: Ist der Freistaat an diesem Konsortium, zumindest mittelbar, beteiligt?

(Zurufe von der CSU: Ah!)

Ich bitte um Beantwortung all dieser Fragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Ergebnisse des sogenannten Recherchenetzwerks sind nichts weiter als ein groß angelegtes Plagiat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Oh je!)

Leider sind Sie darauf hereingefallen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein müder Versuch!)

Ich nenne die "Süddeutsche Zeitung" vom 28. August 2008.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die kennen wir alle!)

– Schön, Herr Halbleib. Wenn Sie die kennen, dann wissen Sie, dass die GBW im Jahr 2007 einen Börsengang geplant hatte. Das war 2008 das Thema der Diskussion im Bayerischen Landtag und Thema eines Schreibens Ihres Abgeordneten Heinz Kaiser an den Vorsitzenden der GBW. In der Folge hat der Innenminister mitgeteilt, dass er diesen Verkauf gestoppt habe und für jetzt und auf absehbare Zeit kein Verkauf und kein Börsengang geplant sei.

Am 24. August 2013 hat die "Börsen-Zeitung" auf die Strategie der Patrizia hingewiesen und festgestellt, dass bereits im IPO Prospect aus dem Jahr 2006 die Umwandlung in eine AG zu einem späteren Zeitpunkt auf der Basis eines Fonds vorgesehen sei. Bereits am 24. August 2013 konnten Sie in der "Börsen-Zeitung" nachlesen, dass die Investoren hinter diesen Firmen 50 deutsche Sparkassen und bis zu 70 institutionelle Anleger sind. Damit ist es mit dem Steuersparmodell gleich vorbei, das irgendein Experte ohne Kenntnis der Sachlage gesehen hat; denn die sind eh alle von dieser Steuer befreit. Und für den Rest – das sollten Sie eigentlich wissen – ist das kein Steuersparmodell, sondern allenfalls ein Steuerverschiebungsmodell, weil es bei dem Modell, das Herr Picot beschrieben hat, nur darum geht, dass die Steuer nicht im gleichen Jahr, sondern in den fünf Folgejahren bezahlt wird. Es wäre schön, wenn Sie mehr von der Sache her sprechen würden.

(Beifall bei der CSU)

In der "Abendzeitung" vom 10. April 2014 steht: Die Zett Beteiligungs GmbH, die Diversify Umbrella und die Acquihold sind die Firmen, die hinter diesem Ankauf stehen. In der "Abendzeitung" vom 24. Juni 2014 sind die Pearl AcquiCo, die Blitz 1, die Blitz 2, die Oscar und die SCS SICAV-FIS genannt. Das gesamte Modell mit dem Bezug ist von dem Steuerberater Boris Meissner dargestellt. Sie halten das für die neuen Erkenntnisse eines Recherchenetzwerks. Das ist lediglich billig zusammengeschriebenes Zeug aus fünf Jahren Zeitungsveröffentlichungen zu diesem Thema.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Mein Büro hat das in zwei Tagen Internetrecherche herausgefunden. Wenn ich berücksichtige, wie viel Steuergeld für meine wissenschaftliche Mitarbeiterin bezahlt wird, dann hat diese Recherche etwa 200 Euro gekostet. Ich möchte nicht wissen, was die Recherche dieses angeblichen Recherchenetzwerks in einem Jahr an Steuergelder gekostet hat, das uns hier – ich glaube, das Wort "Schafscheiße" darf man nicht sagen – so etwas aufgetischt hat.

(Beifall bei der CSU)

Die "Süddeutsche Zeitung" hat am 26. Mai 2014 die gesamte Geschichte und den Hintergrund Luxemburgs dargestellt. Die Patrizia hat im April 2013 im Einzelnen dargestellt, dass es Gruppen aus dem berufsständischen Versorgungswesen, Versicherungen, Sparkassen und Pensionskassen sind, die in diesen Gesellschaften investiert haben. Eine Steuerersparnis kommt also gar nicht infrage.

Ich möchte Ihnen noch etwas vorlesen:

> Gleichzeitig bestätigen sich die Befürchtungen, dass es eine sehr undurchsichtige Gesellschaftsstruktur gibt. Wer sich anschaut, wie sich das Käuferkonsortium Patrizia GmbH strukturiert, findet so wohlklingende Namen wie Pearl AcquiCo Eins GmbH & Co. KG. Wenn man etwas näher hinschaut, findet man Luxemburger Gesellschaften wie die OSCAR Diversify Umbrella Gesellschaft, deren Bestehen interessanterweise zeitlich bis zum Jahr 2023 terminiert ist, was einen Hinweis darauf gibt, wann die Patrizia AG und ihre Investoren glauben, die GBW AG gänzlich zerschlagen zu haben.

Das ist das wörtliche Zitat aus der Wortmeldung des MdL Harald Güller aus der Plenarsitzung vom 24. Oktober 2013.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Herr Güller, ich gehe davon aus, dass Sie und Ihr Büro noch einmal 200 Euro investiert haben. Sie und ich zusammen haben also insgesamt 400 Euro für diese ganze

Information ausgegeben. Ich frage mich, ob es wirklich notwendig ist, dass eine öffentliche Anstalt mit bezahlten Leuten ein Jahr lang recherchieren muss, um herauszufinden, was unsere wissenschaftlichen Mitarbeiter in zwei Tagen herausfinden können.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Lieber Alexander Muthmann und lieber Thomas Mütze, heute wurde behauptet, dies sei ein Unter-Wert-Verkauf gewesen, der Wert wäre viel höher gewesen. Wir werden uns das sicherlich im Haushaltsausschuss ansehen. Sie müssen aber dann schon die Ehrlichkeit besitzen zuzugeben, dass nach Ihrer Bewertung das Konsortium der Kommunen, das ein sehr viel niedrigeres Angebot abgegeben hat, offensichtlich keine Ahnung hat, wie viel die Wohnungen in ihrem städtischen Gebiet jeweils wert sind; denn wenn dieses Konsortium wüsste, wie viel diese Wohnungen wert sind, hätte es sehr viel mehr bieten müssen, wenn Ihre Theorie vom Unter-Wert-Verkauf stimmen sollte. Meine persönliche Meinung über den Vorgänger von Dieter Reiter als Oberbürgermeister der Stadt München ist nicht so, dass er wüsste, was Wohnungen in München wert sind.

(Lachen bei der CSU)

Bei diesem Konsortium waren jedoch auch Kommunen mit hochgeschätzten Bürgermeistern dabei, die mehr für ihre Arbeit als für ihr Blabla gestanden sind. Allein die Tatsache, dass das Angebot der Kommunen nicht höher war, spricht für mich sehr dafür, dass der Preis in etwa passen könnte. Das werden wir aber im Haushaltsausschuss mit Sicherheit herausfinden.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion wird selbstverständlich den gesamten Fragenkatalogen zustimmen. Schließlich spricht nichts dagegen, wenn wir aus den Zeitungen noch einmal zusammenschreiben, was Sie wissen wollen.

(Beifall und Lachen bei der CSU)

Ich hätte noch eine Bemerkung am Rande: In Baden-Württemberg, unserem westlichen Nachbarland, wurden Anfang 2012 von einer grün-roten – so ist die Reihenfolge – Regierung 21.500 Wohnungen an die Patrizia verkauft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da habt ihr gesagt: Das können wir auch! Da setzen wir noch einen drauf!)

Bei diesem Verkauf gab es nicht so gute Sicherungsinstrumente wie bei dem Verkauf in Bayern. Dort gab es keine Sozialcharta. Deshalb hat die Patrizia von diesen 21.500 Wohnungen 19.800 Wohnungen an die Deutsche Annington veräußert. Die Deutsche Annington ist die Firma, die in den Medien, zum Beispiel am 27. August 2014 vom "Stern", als "Miet-Hai AG" bezeichnet wurde, ohne dass das jemals jemand beklagt hätte. Nachdem praktisch die gesamte Presselandschaft die Deutsche Annington als Käufer der ehemaligen LBB-Wohnungen – also Herr Kretschmann hat sie ihnen verkauft – als "Deutsche Miet-Hai AG" bezeichnet hat, hat sie sich im Jahr 2015 in Vonovia AG umbenannt.

Eines muss ich Ihnen jetzt schon sagen: Ich glaube, es ist deutlich besser, wenn sich die Politik in Bayern darum kümmert, dass es eine Sozialcharta gibt, dass Strafen, Verkaufsverbote und Limitierungen des Verkaufs pro Jahr in den Vertrag aufgenommen werden, als dass man eine die Interessen der Menschen völlig vernachlässigende rot-grüne Regierung verkaufen lässt, der es völlig wurscht ist, wo das am Ende landet, Hauptsache es hat Geld in die Kasse gebracht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege Weidenbusch, bleiben Sie bitte am Rednerpult, wir haben noch Zwischenbemerkungen: zunächst von Herrn Kollege Mütze, dann von Herrn Kollegen Halbleib.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin! Lieber Kollege Weidenbusch, Ihre Ablenkungsstrategie hat zu ein paar netten Lachern bei Ihren Kollegen geführt. Das ist schön. Dem Minister wird das im Ausschuss wahrscheinlich nicht so gelingen.

Eine zweite Feststellung: Sie haben gerade gesagt, die Wohnungen in München wären so viel wert gewesen. Sie wissen ja so Vieles. Dann wissen Sie wahrscheinlich genauso gut wie ich, dass es nicht um die Wohnungen geht, sondern um die Grundstücke.Wir beide wissen, dass die Grundstücke in der Stadt München mehr wert sind als das, wofür sie verkauft worden sind. Alleine die Grundstücke in München! Darüber können wir uns gerne im Ausschuss unterhalten.

Ernst Weidenbusch (CSU): Diese Kritik nehme ich gerne auf. Ich sehe aber keine Notwendigkeit, darüber zu streiten, ob der Oberbürgermeister der Stadt München den Wert von Wohnungen beurteilen konnte. Mir reicht es, dass Sie mir jetzt mit Ihrer Wortmeldung zugestanden haben, dass der Herr Ude und die rot-grüne Mehrheit in München zum Verkaufszeitpunkt keine Ahnung davon hatten, was die Grundstücke in München wert sind.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege Halbleib, nun haben Sie das Mikrofon.

Ernst Weidenbusch (CSU): Nun habe ich wieder den von Ihnen glorifizierten Herrn Ude kritisiert. Aber es blieb mir nichts anderes übrig, tut mir leid, Kollege Halbleib. Der Sockel wackelt, aber er fällt nicht gleich runter.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Weidenbusch, hören Sie doch erst einmal, was Kollege Halbleib zu sagen hat. Dann können Sie in zwei Minuten antworten.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege, ich glaube, das war alles Teil Ihres Arbeitsauftrages hier. Netter Versuch, und ich glaube, das gibt auch Pluspunkte bei der Fraktion. Und beim Finanzminister ist sowieso alles in Ordnung.

(Zurufe von der CSU)

Aber Ihr Versuch, Herr Kollege Weidenbusch, kann die Fragen nicht beantworten, die wir gestellt haben. Wir bestehen darauf, dass diese Fragen beantwortet werden.

Sie haben die Argumentation versucht, "Alles bekannt", "alles kalter Kaffee". Das war schon immer Ihre Verteidigungsstrategie. Die Dimension, die jetzt deutlich geworden ist, gibt durchaus Anlass, darüber nachzudenken, was stattgefunden hat und wie auf dem Rücken der Steuerzahler dieser Deal mitfinanziert wurde. Das ist durchaus eine Frage, die geklärt werden muss.

Auch Ihre Strategie, ein Stück weit die Dinge lächerlich zu machen, kennen wir.

(Kerstin Schreyer (CSU): Das hat keiner gemacht!)

Das kennen wir von Ihnen, und das sei Ihnen auch zugestanden. Aber zwei Dinge bedürfen durchaus der Korrektur. Sie versuchen ähnlich wie damals auch heute wieder, den Kommunen den Schwarzen Peter zuzuschieben.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Nein!)

Bei den Abstimmungen, die stattgefunden haben, waren es ausdrücklich Oberbürgermeister bzw. Stadträte aus der CSU, die ein höheres Angebot der Kommune verhindert haben.

(Beifall bei der SPD)

Und bei Baden-Württemberg – das sage ich ganz deutlich – war es die gleiche schwarz-gelbe Haltung wie hier in Bayern. Die Maßgaben für den Verkauf der Woh-

nungsbestände der baden-württembergischen Landesbank wurden unter Schwarz-Gelb rechtlich so festgezurrt, dass es überhaupt keine Alternative mehr gab.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Schwarz-Gelb hat diesen Deal eingefädelt. Sie versuchen nun, es uns unterzuschieben.

(Beifall bei der SPD)

Da ist Ihre Art und Weise des Umgangs mit der Wahrheit, und das ist typisch für Sie.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ganz richtig!)

Ernst Weidenbusch (CSU): Nun möchte ich die Frau Vizepräsidentin fragen, was die eigentliche Frage war. Ich habe keine Frage gehört.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Er muss keine Frage stellen. Es ist eine Zwischenbemerkung bzw. eine Intervention.

Ernst Weidenbusch (CSU): Man kann auch am Ende eine Zwischenbemerkung machen. Okay.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie doch einmal die Geschäftsordnung! – Weitere Zurufe von der SPD)

In der Zwischenbemerkung war nichts von Substanz, als dass ich Antwort darauf geben müsste.

(Beifall bei der CSU)

Herr Halbleib, ich möchte Sie nur noch einmal kurz darauf hinweisen, dass ich die Opposition nicht dafür kritisiert habe, dass Sie auf dieses Plagiat reingefallen ist, sondern ich habe lediglich deutlich darauf hingewiesen, dass es ein Plagiat ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun bitte ich Herrn Staatsminister Dr. Söder zum Rednerpult.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehrfach wurde hier erwähnt, dass das Ganze ein großer Skandal sei. Wissen Sie, was ich als Skandal empfinde? – Ich finde es skandalös in Art, Stil und Wortwahl, wenn von "Wirtschaftskrimi" geredet wird. Damit unterstellt man Kriminalität. Wenn der SPD-Landesvorsitzende sagt, das alles seien Lügen, und Söder sei ein Lügner, so empfinde ich es als Skandal, in welchem Stil man in diesem Fall miteinander umgeht. So geht es nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen von der SPD, ich habe Ihnen genau zugehört und erwarte, dass Sie das jetzt auch tun. Zur GBW gibt es in der Tat nichts Neues. Wir haben hier im Landtag 8 Plenaranfragen, 11 Schriftliche Anfragen sowie 18 Plenar- und Ausschussdebatten gehabt,

(Volkmar Halbleib (SPD): Und keine Antworten erhalten!)

begleitet von Hunderten von Zeitungsartikeln. Ein ganzer Ordner ist an den Bayerischen Landtag gegangen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ohne jede Antwort!)

Ich kann Ihnen heute wie damals nur eines sagen: Egal, ob Sie versuchen, ein Rückspiel zu machen und Angriffe aus dem Jahr 2013 neu vorzubringen oder nicht: Alles ist nach Recht und Gesetz abgelaufen. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU)

Erstes Faktum. Die BayernLB musste im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens die GBW verkaufen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Oh, oh!)

Wir haben alles geprüft. Wir haben geprüft, ob der Staat kaufen kann; das hätte zu neuen Beihilfeverfahren geführt. Wir haben überlegt, ob die Landesstiftung hinzugezogen werden könnte. Der ehemalige Abgeordnete Wörner hat dann selbst in der Landesstiftung gesagt, dass das nicht sinnvoll wäre.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo steht das?)

Wir haben versucht, Exklusivrechte der Kommunen zu vereinbaren. Alles ist am Ende nicht gegangen. Wenn man verantwortlich handeln wollte, wäre nur die Alternative gewesen, eine Zerschlagung der BayernLB mit Milliardenschäden zu riskieren, und das wäre für den Steuerzahler wirtschaftlich nicht zu vertreten gewesen. Darum sind wir einen vernünftigen Weg gegangen.

(Beifall bei der CSU)

Zweites Faktum: Es musste ein diskriminierungsfreies Bieterverfahren sein. So steht es in allen Unterlagen und Bescheiden zu lesen. Das heißt, am Ende muss das wirtschaftlich beste Angebot den Zuschlag erhalten. Da ist keine Bevorzugung oder Sympathie erlaubt und auch keine regionale Ausschreibung und übrigens auch keine Vorgabe einer Rechtsform. Das waren EU-weite Wettbewerbsvorgaben. Damit wird relativ klar: Christian Ude hat nach dem operativen Verkauf durch die BayernLB eine Beschwerde bei der Europäischen Union über die gesamten Umstände des Verfahrens eingereicht. Der EU-Trustee hat dann Folgendes festgestellt: Es kann zusammenfassend abschließend bestätigt werden, dass sowohl am durchgeführten Veräußerungsverfahren als auch an der beihilferechtlich konformen Entscheidungsfindung keine Beanstandungen festzustellen sind, aus beihilferechtlicher Sicht war die Höhe des Kaufpreisangebotes das ausschlaggebende Kriterium und ein Zuschlag zugunsten der Patrizia zwingend geboten. – Aus der Sicht des Trustees bestanden keine Zweifel an der Angemessenheit des Kaufpreises. Das ist die Realität, und das sind die Fakten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Herr Mütze, nun zu Ihrer Zwischenbemerkung. Kein Grundstück wurde verkauft, auch kein Haus. Das ist falsch. Das können Sie doch nicht unterstellen, wenn es so grundlegend falsch ist. Es wurden Unternehmensanteile und Aktien verkauft. In diese fließen nicht nur Grundstückswerte ein, sondern auch Verbindlichkeiten des Unternehmens.

Wenn wir nun im Ausschuss diskutieren, bitte ich Sie herzlich, sich an dieser Stelle ökonomisch sachkundig zu machen und sagen Sie nicht, Häuser seien verkauft worden, wenn es etwas ganz anderes war. Da haben Sie Äpfel mit Birnen verglichen.

(Beifall bei der CSU)

Der Hinweis des Kollegen Weidenbusch auf Baden-Württemberg ist durchaus wichtig. Die grundlegende Kritik kann man durchaus vorbringen, meine Damen und Herren. Man kann fragen, warum es ein Beihilfeverfahren gibt. Man kann auch kritisieren, dass die vorausgegangenen Vorgänge bei der Landesbank zu so etwas geführt haben. Das ist völlig in Ordnung. Das waren Fehler, die jeder hier im Hohen Hause, auch ich persönlich, mehr als deutlich eingestanden hat.

Aber eines ist klar: Ein Jahr zuvor wurde in Baden-Württemberg unter den gleichen Umständen etwas verkauft. Da sagt der Kollege Halbleib nun, da kann keiner etwas dafür.

(Volkmar Halbleib (SPD): Schwarz-Gelb kann etwas dafür!)

Die Vorgaben seien anders gemacht worden. Das stimmt nicht. Die Vorgaben werden von der EU mitbestimmt. Und wenn in Baden-Württemberg Wohnungen und Anteile an Wohnungen verkauft werden und dort keine gleich gute Sozialcharta verhandelt wird und in Bayern dann etwas Besseres passiert, dann finde ich es unehrlich, in Baden-Württemberg zu schweigen und in Bayern den dicken Maxe zu machen. Das ist nicht fair, das sind keine rechtlichen, keine sauberen Maßstäbe.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo! – Volkmar Halbleib (SPD): Schwarz-Gelb war es!)

Was war die Botschaft?

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist meine Kritik an Schwarz-Gelb!)

Die Botschaft war, das beste Angebot muss den Zuschlag erhalten. Der Kern ist doch, dass in einem Bieterverfahren, das länger lief – die Kommunen waren länger informiert über alle Details –, am Ende das wirtschaftlich vernünftigste Angebot den Zuschlag erhalten muss. Die Unterschiede waren sehr, sehr groß, meine Damen und Herren. Soweit ich weiß, hat es im Münchner Stadtrat durchaus eine Debatte gegeben, und wie ich gehört habe, hat die CSU-Stadtratsfraktion damals dazu aufgefordert, das kommunale Angebot zu erhöhen.

Eines kann ich Ihnen sagen: Man kann nicht einfach kneifen und den anderen die Schuld in die Schuhe schieben. Das Angebot der Kommunen war da einfach zu niedrig.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Jedes Detail, gerne hundertfach, in jeder Form – –

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Halbleib, in jeder Form, ob in einem persönlichen Gespräch oder in welcher Form auch immer, jeden Tag, rund um die Uhr: Es ist immer noch Zeit, das alles zu klären. An dieser Stelle zählt die innere Wahrheit. Die innere Wahrheit lautet: Wir haben wirklich unter den schwierigsten Umständen versucht, das Beste für die Mieterinnen und Mieter herauszuholen. Das hat kein anderer in Deutschland so gemacht.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Die innere Wahrheit! Wir wollen aber eine öffentliche Wahrheit haben!)

Da haben wir uns wirklich Mühe gegeben.

Jetzt kommen Sie mit dem Vorwurf, ich hätte gesagt, Patrizia und GBW seien bayerisch. Ja, was denn sonst? Die haben ihren Sitz in Bayern, und zwar ihren Hauptsitz. Die sitzen nicht woanders. Deren Sitz ist nicht irgendwohin verlagert worden, ganz im Gegenteil.

Übrigens sind auch BMW, Siemens und Audi Unternehmen, die zwar ihren Sitz in Bayern haben, aber über andere Investoren verfügen. Entschuldigung, aber ich kann doch einem Unternehmen, das in Bayern sitzt, nicht verbieten, andere Investoren und Partner in Europa oder anderswo in der Welt zu haben. Das entspricht nicht dem internationalen Standard, wie er in Bayern gilt. Wir sind kein Regionalverein.

(Beifall bei der CSU)

Ist die Patrizia jetzt ein schlimmes Unternehmen? Man kann ja über alles diskutieren. Am 8. April 2013 sagt Christian Ude, damals Spitzenkandidat und Hoffnungsträger – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Alles bekannt!)

– Sie sagen immer: "Alles bekannt", das glaube ich aber nicht. Dann reden wir halt darüber.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ist doch alles bekannt!)

Christian Ude hat damals jedenfalls gesagt, die Patrizia sei ein durchaus seriöses Unternehmen. Wenn der damalige SPD-Spitzenkandidat und Münchner Oberbürgermeister über dieses Unternehmen – ich selbst habe das übrigens nie gesagt; aber er gibt eine Wertung ab – sagt, das sei ein durchaus seriöses Unternehmen, dann können Sie sich nicht hier hinstellen und den Eindruck erwecken, dass es sich dabei um ein ganz übles Unternehmen handelt. So kann man mit Unternehmen in Bayern nicht umgehen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Steuertricks!)

Zum Punkt "Recherchenetzwerk". Sie haben gesagt, Herr Halbleib und Herr Mütze, und das respektiere ich: Es gibt völlig neue Informationen, die jetzt die Diskussion rechtfertigen.

(Zurufe von der SPD)

Genau das war doch der Stand: neue Informationen, die uns jetzt zwingen, Löcher zu bohren und nachzufragen. Das ist okay.

Hier greife ich das auf, was Ernst Weidenbusch gesagt hat. Zunächst muss ich gestehen: Ich bin wirklich nicht der Verfechter von "Abendzeitung" und "Süddeutscher Zeitung"; aber weil Herr Rinderspacher in seinen Reden regelmäßig seine Presserechercheabteilung arbeiten lässt und diese Medien immer wieder zitiert, muss ich das jetzt auch so machen.

Wenn dann durch Artikel in allen Münchner Zeitungen, in der "Abendzeitung" und in der "Süddeutschen Zeitung", bestätigt durch Herrn Güller hier im Parlament, dieses Unternehmenskonstrukt durchaus gut bekannt war, dann darf man das zwar kritisieren, aber man kann nicht sagen: Um Gottes Willen, wir haben davon nichts gewusst. – Das ist entweder unehrlich oder scheinheilig. Beides können wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt noch ein weiteres Argument, das mich persönlich verwundert hat, das ich aber ansprechen möchte. Herr Halbleib, Sie sagen: luxemburgische Firmen, ganz schwierig. Bei allem, was mit Luxemburg zu tun hat, heißt es: Um Gottes Willen!

(Volkmar Halbleib (SPD): Habe ich gar nicht gesagt!)

Das darf man sagen. Herr Mütze hat es auch angesprochen; darauf will ich aber gar nicht näher eingehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Steuersparmodell oder nicht?)

Jetzt möchte auch ich aus der "Süddeutschen Zeitung" zitieren, und zwar vom 21. September dieses Jahres. Dort steht: "SPD beschwört europäischen Geist mit Stargast Asselborn." Für alle, die es nicht wissen: Das ist der luxemburgische Außenminister.

(Zurufe von der SPD)

Frau Schnell hat dort geschrieben:

Auf ihren Stargast ist die SPD dann doch recht stolz. Der luxemburgische Außenminister besucht die SPD-Herbstklausur und bringt die erwünschte Aufmerksamkeit. Alle wollen ein Foto mit ihm, vor allem die Damen.

(Heiterkeit)

Mucksmäuschenstill sei es gewesen, als Asselborn sprach. Das ist ungewöhnlich für die SPD-Fraktion.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ja eine peinliche Vorstellung!)

Jetzt will ich Ihnen mal etwas sagen. Sie dürfen als Gast einladen, wen Sie wollen. Wenn Sie uns jedoch weismachen wollen, dass Luxemburg das Allerschlimmste der Welt ist, finde ich es scheinheilig, wenn Sie einen Außenminister von dort einladen, sich in dessen Aufmerksamkeit sonnen und hier etwas ganz anderes erzählen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Pfui! Peinlich, peinlich! – Gegenrufe von der CSU – Das ist doch nicht ehrlich! – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie solche Argumente brauchen, dann stehen Sie doch fachlich an der Wand! Wer solche Argumente braucht, der sollte lieber schweigen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das ist doch alles nicht ehrlich.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Ruhe.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Halbleib, wir beide kennen uns gut. Immer wenn Sie so argumentieren, war das bislang ein Treffer. Vielen Dank für diese Bestätigung.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU – Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme noch einmal zum Verkauf zurück. Das war ein zäher und harter Prozess. Auch ich hätte mir da noch mehr gewünscht; das sage ich immer. Ich hätte mir gewünscht, dass wir noch mehr Mieterschutz hätten durchsetzen können. Ich kann mich daran erinnern, dass Herr Güller damals einer der Hartnäckigsten war; das respektiere ich. Er hat damals gesagt: Wir brauchen mehr Mieterschutz als in Baden-Württemberg. Das haben wir geschafft.

Herr Güller hat dann, als wir die Sozialcharta vorgestellt haben, zu mir gesagt: Herr Minister, es reicht nicht – ich glaube, Sie haben nicht "Herr Minister" gesagt, sondern "Herr Söder" –, dass Sie allgemein bleiben, sondern das Ganze muss individualvertragsrechtlich ausgestaltet werden. Wenn das nicht passiert, ist die ganze Sache nichts wert. – Wir sind doch jeder Forderung nachgekommen, alles ist umgesetzt worden.

Ich sage ja gar nicht, dass keine Probleme mehr bestünden. Ich selber habe mehrfach mit Mieterverbänden darüber gesprochen. Jetzt aber mal ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Die GBW-Mieter haben im Vergleich mit anderen Mietern auf dem Münchner Wohnungsmarkt einen Vorteil. Sie genießen jetzt einen besseren Schutz als vorher, und sie genießen einen besseren Schutz als Mieter in Baden-Württemberg.

Der Ehre halber muss zumindest zugestanden werden: Wir haben uns bemüht. Wenn Sie jetzt hier den Eindruck erwecken wollen, dass die GBW-Mieter völlig rechtlos seien, dann ist das nicht korrekt. Das kann man nicht machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu den Steuerfragen. Oberstes Gebot ist überall die Einhaltung von Gesetzen. Zu diesen Gesetzen gehört übrigens auch – das wissen Sie, sonst würden wir uns beide strafbar machen, was wir beide nicht vorhaben – die Einhaltung des Steuergeheimnisses. Die Patrizia und die GBW unterliegen deutschem Recht. Ob man Informationen darüber erhält, wer wo wann Steuern zahlt, das entscheidet sich nach unterschiedlichen Kriterien. Das kann ich nicht beurteilen. Ich sage nur eines: Wir können gerne darüber reden, in allen Sitzungsformen, die uns hier zur Verfügung stehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist auch notwendig! Das werden wir müssen!)

Eines geht jedoch nicht: Es wird uns nicht gelingen, in Bayern und in Deutschland Rechtsformen einfach auszuschließen. Ich ärgere mich da auch über viele Dinge. Aber, dann müssen wir das Recht ändern. Wir können nicht ein Recht akzeptieren, das deutschland- und europaweit gilt, und zugleich diejenigen angreifen, die dieses Recht ausnutzen. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugestehen, dass wir dann das Recht ändern müssen.

Ich bin bereit, in jeder Hinsicht dabei mitzuhelfen. Es geht aber nicht, einfach Vorwürfe in den Raum zu stellen. Das betrifft jetzt nicht Herrn Halbleib und Herrn Mütze. Wenn ich dann in den Medien so etwas höre wie: "Ein Steuerexperte sagt, da könnte vielleicht etwas sein", dann ist das kein seriöses Arbeiten. Wir müssen in diesem Hause anders vorgehen.

(Beifall bei der CSU)

Dann komme ich noch zur Frage, wie es sich damals mit den Kommunen verhalten hat. Ich war 2007/2008 noch nicht Finanzminister. Das gestehen Sie mir sicherlich zu; das kann man objektiv nachprüfen. Damals gab es offensichtlich Überlegungen dazu – das habe ich nachgelesen, so wie der Kollege Weidenbusch –, ob möglicherweise Verkäufe stattfinden. Es war dann tatsächlich so, dass das Ganze nicht stattgefunden hat.

Noch ein Wort zum Thema "Wissen". Aktiengesellschaften veröffentlichen ihre Berichte. Zum Zeitpunkt der Auflage eines neuen Verkaufsprozesses kann jeder Bieter die Unterlagen in den Datenräumen einsehen. Ich bin da nicht so tief in der Materie wie Ernst Weidenbusch, der offenkundig noch mehr oder andere Kenntnisse hat. Da sage ich ausdrücklich: Das weiß ich nicht, Herr Mütze. Aber dass sich der Münchner Wohnungsmarkt zwischen 2007 und 2011/2012 im Hinblick auf Wertsteigerungen noch einmal fundamental geändert hat, da sind wir sicherlich einer Meinung.

Deswegen ist auch das Argument, dass es 2007 möglicherweise ein entsprechendes Interesse gegeben hat, aus meiner Sicht kein Argument, in 2012 irgendetwas auszuschließen, zumal, Herr Halbleib, ein diskriminierungsfreies Verfahren an dieser Stelle keinen Ausschluss ermöglicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber was ist mit dem Insiderwissen?)

Das ist logische Konsequenz. Darum sage ich Ihnen: Das Grundproblem bei dem Verkauf war ein ganz einfaches. Sie können versuchen, mir weiszumachen, Herr Ude habe sich außer Stande gesehen, eine Entscheidung zu treffen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Patrizia – Insiderwissen, ja oder nein?)

Es gab nur einen einzigen Grund dafür, warum die Kommunen nicht den Zuschlag bekommen haben: Sie haben schlicht und einfach zu wenig geboten. So einfach ist die Wahrheit.

Hätte ich als Verantwortlicher im Verwaltungsrat einem Angebot zugestimmt, das offenkundig sehr niedrig ist, hätte ich mich persönlich rechtlich verantwortlich gemacht. So können wir aber nicht vorgehen; denn wir müssen uns an Recht und Gesetz halten. Wir haben den Kommunen viele Brücken gebaut, wir haben sie frühzeitig informiert, wir haben ihnen in jeder Hinsicht geholfen. Am Ende hat es schlicht und einfach nicht gereicht. Ich fände es nur fair, so etwas irgendwann auch zu akzeptieren und offen zuzugeben.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Letztes: Ich habe ausdrücklich zugestimmt und will das auch: Jede Diskussion im Ausschuss – egal, welche Form von Ausschuss Sie wählen, egal, wie offen Plenardebatten, – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war Insiderkenntnis!)

– Nein, nein. – Wir diskutieren das alles ausführlich mit Experten, das ist keine Frage. Ich sage Ihnen aber schon, wenn es heißt, ich muss Verantwortung für Vermögen übernehmen – das mache ich gerne –: Als ich im Jahr 2011 im November Finanzminister wurde – es jährt sich jetzt bald wieder – hat mir jeder Gutmeinende – nicht die Bösmeinenden, die haben das toll gefunden – gesagt, dass das ein Himmelfahrtskommando sei, was die Aufarbeitung der Landesbank anbelangt. Das EU-Verfahren war nicht gelöst, und man hat mir gesagt: Das wirst du jetzt in zwei, drei Monaten lösen müssen. Ebenso standen sämtliche Stresstests damals noch bevor.

Die Altlasten waren damals turmhoch: Ungarn, Österreich null Lösung. Für das ABS-Portfolio hätten wir – aus damaliger Sicht – in diesem Jahr höchste Beiträge zur Finanzierung von Verlusten aufwenden müssen. Deswegen ist übrigens auch die Grundkritik der Opposition an der Geschichte "BayernLB" in Ordnung, sie stimmt.

In den letzten Jahren habe ich es mit großem Engagement und Einsatz und mit der Unterstützung von vielen aus dem Parlament – an dieser Stelle möchte ich ausdrücklich Ernst Weidenbusch nennen, der eine große fachliche Stütze in der Debatte war – bzw. haben wir es aufgrund der ordentlichen Arbeit im Haushaltsausschuss geschafft, alle diese Altlasten abzubauen. Meine Damen und Herren, es ist uns gelungen, dass die Bank das EU-Verfahren geschafft, Stresstests bestanden und bis heute sogar 4,4 Milliarden Euro zurückgezahlt hat.

Zum Schluss möchte ich deshalb eine Bitte an Sie richten und darum bitten, sie zu akzeptieren. Ich finde es in Ordnung, das zu kritisieren, was früher war. Ich finde es auch

in Ordnung, alles zu hinterfragen, wenn ein Recherchenetzwerk Enthüllungen anbietet, die dann keine sind. Ich bitte aber zu respektieren, dass wir uns in den letzten Jahren, auch meine Person, um das Thema Änderung, Problemlösung, Verbesserung und Neuaufstellung der Bayerischen Landesbank verdient gemacht haben. Das gehört auch zur Wahrheit, und das fordere ich auch ein.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben jetzt eine Zwischenbemerkung. Bitte sehr, Herr Lotte.

Andreas Lotte (SPD): Herr Finanzminister, Sie haben vorhin gesagt, es muss eine Diskriminierungsfreiheit vorliegen. Wenn es die Erkenntnisse, die der BR veröffentlicht hat, schon vorher gab, wie Herr Weidenbusch betont hat, und wenn es vorher mit der Patrizia schon Verhandlungen gab, hatten die dann auch schon Einblicke in die Bücher? Wenn das der Fall war, war das zweifelsohne wohl nicht diskriminierungsfrei, weil sie dann einen Informationsvorsprung hatten.

Weil Sie den Mieterschutz und Ihre Firewall – so nannten Sie das damals – oder die Söder-XXL-Sozialcharta heute noch einmal loben und sagen, woanders sei es noch schlechter und wir hätten den Zusammenhang zwischen Aktien und Anteilen sowie Grund und Boden und Eigentum nicht verstanden, stelle ich Ihnen folgende Frage: Meinen Sie, dass für die Mieterinnen und Mieter, die in Wohnungen der GBW wohnen, von Interesse ist, ob Aktien verkauft worden sind, ob Grund oder Boden verkauft worden ist oder ob die Wohnungen verkauft wurden? Oder ist für sie von Interesse, dass sie von heute auf morgen die doppelte Miete bezahlen?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben immer wieder von Einzelfällen gesprochen, und wir alle hier im Hohen Haus wissen, dass es keine Einzelfälle sind, außer Sie sagen, dass bei hunderten, tausenden Fällen in der Summe auch jeder ein Einzelfall ist. Herr Finanzminister, Sie sagen –

das habe ich der Zeitung entnommen und hoffe, das ist korrekt aus Ihrem Ministerium zitiert –:

> Nähere Informationen über die Gesellschafterstruktur und das dahinterliegende Firmenkonstrukt lagen dem Ministerium beim Verkauf nicht vor.

Ich frage Sie deshalb: Ist es eigentlich normal, dass ein Finanzministerium Staatseigentum in dieser Größenordnung mit einem sozialen Auftrag verkauft, ohne dass es eine Prüfung gibt, an wen sie es letztendlich verkauft?

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte sehr, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Jeder musste in den Verkaufsprozess – das können wir noch detailliert klären – Einblick haben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ha, ha, ha!)

Den Verkaufsprozess hat übrigens die BayernLB durchgeführt und nicht der Landtag oder das Finanzministerium.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Nein, nein. Herr von Brunn, das ist schon wieder ein Fehler. Den Prozess hat die BayernLB durchgeführt. Dieser Prozess ist auf Anregungen von Christian Ude, der an allem beteiligt war – – Soweit ich mich erinnere, war er an dem Konsortium der Kommunen beteiligt, oder? Das war so?

(Zurufe: Ja!)

All diese Dinge wurden von Christian Ude hinterfragt und kritisiert. Darüber hinaus waren alle anderen Dinge von 2007, 2008 damals schon bekannt, und zwar auch der SPD-Landtagsfraktion. Was mich heute wundert, Herr Lotte – das ist kein Vorwurf an Sie persönlich, weil Sie damals auch noch nicht dabei waren, insofern könnten wir es

uns heute leicht machen –: Wenn das damals alles im kollektiven Wissen geschehen ist und auch denen bekannt war, die daran beteiligt waren, warum wurde das damals nicht zum Thema gemacht, sondern erst im Nachhinein? Die EU hat bestätigt, dass es sich um ein diskriminierungsfreies Verfahren handelt, und daran gibt es aus meiner Sicht keinen Zweifel. Erstens.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben die Frage noch nicht beantwortet!)

Zweitens. Das Konsortium war unter Führung der Patrizia, die im Verfahren – –

(Andreas Lotte (SPD): Was wusste die vorher? – Volkmar Halbleib (SPD): Wusste die vorher was oder nicht? War das eine gleichzeitige Information oder vorher?)

– Das weiß ich nicht. Woher soll ich das wissen? Kann ich wissen, was jemand anders weiß?

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, Entschuldigung, jetzt wird es langsam nicht mehr dem Thema angemessen, was einen normalen wirtschaftlichen Prozess in Bayern betrifft. Das hat damit nichts mehr zu tun.

(Zuruf)

– Ich habe es ja nicht verkauft. – So. Meinetwegen können wir alles noch hundertfach diskutieren, aber eines sage ich noch zum Thema Mieterschutz, das ist das Wichtigste. Darüber ärgere ich mich wirklich: Ich habe gelesen, dass in Nürnberg und in Erlangen Mieterverbände, einige davon widerwillig, sagen, die Beschwerden seien zurückgegangen. In Erlangen hat man gesagt, dass da wohl kaum ein Problem existiert. Meine Damen und Herren, das kann überall unterschiedlich sein. Es gibt diese Sozialcharta. Sie ist einzelvertraglich verankert und damit von jedem Mieter einklagbar. Es gibt viele Mieteranwälte, gerade auch bei euch.

Was noch hinzukommt: Ich lese manchmal, dass sich die einen beschweren, es würde zu wenig saniert. Wird dann saniert, beschwert man sich auch. Ich kann den Einzelfall nicht beurteilen, aber jährlich gibt ein Wirtschaftsprüfer bekannt, ob die Sozialcharta eingehalten wird. Zudem ist meines Wissens nach Günther Beckstein immer noch Ombudsmann. Wir können das ja einmal klären.

Ich kann mir die Dimension der Vorwürfe nicht vorstellen. Ich weiß aber eines: Einen höheren rechtlichen Schutz als den, den die GBW-Mieter haben, hat fast niemand anders in Bayern. Das ist Fakt, und das ist Realität.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, und dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13309 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13311 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind auch alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Dann noch der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13351 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind auch alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Dann haben wir zwei Ergebnisse von namentlichen Abstimmungen bekannt zu geben, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib

und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Gedenken an den Freiheitsaufstand der Ungarn 1956 nicht instrumentalisieren – Keine Orbanisierung Europas im Bayerischen Landtag!", Drucksache 17/13307. Mit Ja haben 53 gestimmt und mit Nein 81 bei 15 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Als Nächstes kommen wir zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Vetter und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Sicherstellung einer flächendeckenden Geburtshilfe" auf Drucksache 17/13308: 16 Abgeordnete haben mit Ja und 85 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt. Es gab 52 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)